

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/184

Bonn, den 25. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Willi Stöph</u> Der neue Mann in Pankow	22
1	<u>Wohnungsmarkt</u> Es fehlt die klare Übersicht	28
2	<u>Weiterbildung für jedermann</u> 10 000 junge Menschen in Fach- und Ingenieurschulen 60 000 Hörer in den Volkshochschulen von West-Berlin Von Senatsdirektor Heinz Strick	46
3 - 4	<u>HORIZONTE 80</u> Frankreich bereitet sich auf die Präsidentschaftswahl vor Gaston Defferre hat sein Hauptquartier bezogen Von G. Markscheffel	92
5	<u>Falklandinselpolitik wieder aktuell?</u> Argentinische Annexionswünsche Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	45

+ + +

Willi Stoph

Der neue Mann in Pankow

sp - Die einstimmige Wahl des 50jährigen Willi Stoph zum neuen Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetzone ist keine Überraschung. Schon seit langem weiß man, daß Stoph von den Sowjets gestützt wird und in der Vergangenheit sogar mehrfach als der Mann bezeichnet wurde, der im Einvernehmen mit Chruschtschow ausgesprochen stalinistische Züge der SED-Politik revidieren mußte. Stoph spricht fließend russisch, gilt - im Sinne Moskaus - als absolut zuverlässig und dürfte wahrscheinlich bald häufiger genannt werden als Walter Ulbricht. Es wäre falsch, den Nachfolger Grotewohls als Gegner Ulbrichts zu bezeichnen. Stoph gilt als undogmatisch und "wirklichkeitsnah". Seine ganze politische Karriere läßt darauf schließen, daß er sich immer so verhalten wird, wie es Moskau wünscht. Stoph ist ein unermüdlicher Arbeiter, der mit starkem Einfühlungsvermögen ihm übertragene Aufgaben meistert. Er ist Bürokrat und Organisator zugleich, soll aber ebenfalls häufig genug mit Überraschungen aufwarten, die seine Umgebung in Erstaunen versetzen. Stophs Lebenswandel gilt als tadellos. - Ob der neue Zonen-Regierungschef, der schon seit mehreren Jahren Vertreter des verstorbenen Otto Grotewohl war, einen "neuen Stil" für die Politik der SED prägen wird, ist noch ungewiß. In jedem Falle wird man jedoch damit rechnen müssen, daß Willi Stoph mehr zu sagen hat als sein Vorgänger.

+ + +

Wohnungsmarkt . . .

sp - Der Streit, ob die von der Mehrheit des Bundestages beschlossene und nur schrittweise erfolgte Freigabe der Mieten volkswirtschaftlich gerechtfertigt sei, hält an. Bis zum 1. Januar 1966 sollen nach dem Lücke-Plan Wohnraumbewirtschaftung, Mieterschutz und Mietpreisbindung im ganzen Bundesgebiet wegfallen. Für Millionen Haushalte bedeutet dies eine beträchtliche Mehrausgabe; so nimmt die vorgesehene Erhöhung der Mieten in den Bundeswohnungen die kürzlich erfolgte Anhebung der Beamtengehälter vorweg. Eine Angleichung an die steigenden Lebenshaltungskosten tritt also nicht ein. Besonders schwer haben es die Rentner. Viele Leserbriefe in den Zeitungen vermitteln erschütternde Eindrücke. In den "Weißen Kreisen" breitet sich ein hemmungsloser Wohnwucher aus, gelegentliche Verurteilungen von allzu schamlosen Wucherern wirken leider nicht so abschreckend, wie es der Bundeswohnungsbauminister Lücke wahrnehmen möchte. - Was fehlt, ist eine klare, auf gründliche Untersuchungen sich stützende Übersicht über die allgemeinen Auswirkungen der Mietpreisgaben. Hier schwanken die Angaben. Der DGB stellte in seinem Bericht eine durchschnittliche Mieterhöhung von 40 Prozent fest; die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, fußend auf einer Repräsentativbefragung in 61 Kreisen, sprechen von nur einer 11prozentigen Steigerung. Der Mieterbund kann mit noch ganz anderen Angaben über die Lage auf dem Wohnungsmarkt aufwarten. Wer von allen dreien hat die größere Wirklichkeitsnähe erreicht? Offensichtlich spielen sich am Wohnungsmarkt so manche Tragödien ab. Es scheint, als hätte sich der Klassenkampf, in den Betrieben nun überwunden, auf die Beziehungen Mieter-Hausbesitzer übertragen. Sicherlich eine überspitzte Feststellung, aber sie hat einen Kern von Wahrheitsgehalt. Mit Beschwichtigungsversuchen ist diesem Zustand nicht abzuhelfen. Es fehlt eine klare Übersicht. Sie würde die Diskussion versachlichen und dem Streit seine Schärfe nehmen.

+ + +

Weiterbildung für jedermann

60 000 Hörer in den Volkshochschulen von West-Berlin

Von Senatsdirektor Heino Striek

Die Ingenieur- und Fachschulen Berlins geniessen weit über die Grenzen der Stadt hinaus einen ausgezeichneten Ruf. Ingenieurschule Beuth und Ingenieurschule Gauß sind zum Begriff gediegener Ausbildung geworden. Der Andrang zu diesen Schulen in unserem technischen Zeitalter ist so gross, dass ernsthaft die Gründung einer weiteren Ingenieurschule erwogen werden muss. Das gehobene Berliner Bildungswesen reicht von der Ingenieurschule für das Bauwesen über die Bibliothekarschule bis zur Fachschule für Optik und Fototechnik. Insgesamt studieren an diesen Schulen im Wege eines Vollstudiums zur Zeit 6182 und im Wege eines Abendstudiums 3550 Personen, d.h. für fast 10 000 bildungsbereite junge Menschen besteht die Möglichkeit, ausserhalb des eigentlichen Universitätsstudiums sich über die allgemeine Schulbildung hinausgehende Kenntnisse für die Berufsausübung anzueignen.

Der Staatshaushalt stellt für diese Aufgabe moderner Bildungspolitik rund 25,7 Millionen DM zur Verfügung, da diese Schulen 28,2 Millionen DM Kosten verursachen, jedoch nur 2,4 Millionen DM durch Gebühren vereinnahmt werden.

60 000 Berlinerinnen und Berliner sind die ständigen Teilnehmer an den Kursen der bezirklichen Volkshochschulen. Leider haben verschiedene Umstände zu einer Stagnation der Zahl derer geführt, die zum eigenen Nutzen und zum Nutzen der Allgemeinheit bereit sind, sich nach des Tages Mühen weiterzubilden. Die Art der bevorzugten Kurse und die Treue, mit der die Volkshochschulhörer diese Bildungseinrichtung benutzen, rechtfertigen den im Verhältnis hohen Aufwand, der für diese Arbeit notwendig ist. Dabei gehört es zu den Prinzipien sozialdemokratischer Kommunalpolitik, durch niedrige Höregebühren jedem die Benutzung dieser Bildungseinrichtungen zu ermöglichen. So ist die Tatsache erklärbar, dass Ausgaben in Höhe von 4,5 Millionen DM nur Einnahmen in Höhe von 400 000 DM gegenüberstehen. Die Wirkung der zwölf Volkshochschulen in Berlin geht jedoch weit über die 60 000 Stammhörer hinaus.

In zahllosen Einzelveranstaltungen werden im Laufe eines Jahres zu den verschiedensten aktuellen und wissenschaftlichen Themen weitere Zehntausende erfasst.

Von nicht minder grosser Bedeutung für die Volksbildung sind die Stadtbüchereien. Schaut man in die Bücherregale dieser städtischen Büchereien hinein, so stellt man zur eigenen Überraschung fest, dass sie zur Zeit über einen Buchbestand von nicht weniger als 1 314 267 Bänden verfügen. Zu dieser Zahl sind noch hinzuzurechnen die 238 000 Bände, über die die der Senatsverwaltung für Schulwesen direkt zugeordnete Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz verfügt. Am Ende des Jahres 1963 waren in den bezirklichen Büchereien 201 416 Berliner als ständige Leser registriert. Sie liehen sich 5 839 000 Bücher aus; das sind 29 Bücher pro Jahr pro Leser. Die Amerika-Gedenkbibliothek liess daneben noch 687 000 Bücher im Jahr 1963 aus. Da jede Buchausleihe einen Zuschuss von 1,64 DM, bei der Amerika-Gedenkbibliothek sogar von 3,91 D-Mark, für Personal- und Sachkosten erfordert, ergibt sich eine Haushaltsbelastung durch die Stadtbüchereien von 13,9 Millionen DM pro Jahr. Den zwölf Berliner Bezirken werden im Jahre 1965 für Neuanschaffungen von Büchern 1,3 Millionen DM zur Verfügung stehen.

HORIZONT 80

Frankreich bereitet sich auf die Präsidentschaftswahl vor
Gaston Defferre hat sein Hauptquartier bezogen

G.M. - Der einzige mit einer gewissen Erfolgchance in Erscheinung getretene Gegenkandidat zu Staatspräsident de Gaulle bei der im kommenden Jahr stattfindenden Präsidentschaftswahl, Gaston D e f f e r r e, hat jetzt im Herzen von Paris sein Hauptquartier aufgeschlagen. Defferre ist Bürgermeister von Marseille und sozialistischer Abgeordneter der Nationalversammlung. Für die Vorbereitung des Wahlkampfes will Defferre drei Tage in Marseille und drei Tage in Paris oder auf Wahlversammlungen im Lande sein.

Im vierten Stock des Hauses Nummer 8, Place de l'Opera, findet man den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten seit einigen Tagen umgeben von einem Mitarbeiterstab, den er aus bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammengestellt hat. Darunter sind namhafte Nationalökonomien, Journalisten, Universitätsprofessoren und Politiker. Nicht alle gehören der Sozialistischen Partei an, sie haben sich jedoch bereit erklärt, der Wahlkampagne von Defferre durch wissenschaftliche Mitarbeit eine solide Grundlage zu geben.

Alternative zum Gaullismus

Trotzdem es zwischen Defferre und dem Vorstand der Sozialistischen Partei ursprünglich gewisse Meinungsverschiedenheiten darüber gegeben hat, ob ein profiliertes Sozialist überhaupt als Präsidentschaftskandidat aufgestellt werden soll, ist jetzt - nachdem im vergangenen Jahr ein Nationalkongress der französischen Sozialisten einstimmig eine positive Entscheidung fällte - die Zusammenarbeit zwischen Defferre und der Sozialistischen Partei Frankreichs gesichert.

Gaston Defferre glaubt, dass die französischen Wähler Anspruch darauf haben, eine Alternative zur Politik de Gaulles kennenzulernen; das bezieht sich sowohl auf die Innen- als auch auf die Außenpolitik. Der Wahlslogan von Defferre lautet: PERSPEKTIVE 1965 - HORIZONT 1980. Damit will der Bürgermeister von Marseille zum Ausdruck bringen, dass die Lösung der auch in Frankreich trotz eines starken wirtschaftlichen Aufschwunges vernachlässigten Gemeinschaftsaufgaben bei der Präsidentschaftswahl zur Debatte steht - also 1965 -, aber nur durch eine langfristige Planung bewältigt werden kann. Daher: HORIZONT 80.

Das Spiel der Kommunisten

Die Chancen von Defferre werden in Frankreich sehr unterschiedlich gewertet. Im allgemeinen glaubt man, dass de Gaulle - falls er seine jetzige, mit großen Strapazen verbundene Reise in die lateinamerikanischen Länder gesundheitlich gut übersteht - die Präsidentschaftswahl gewinnen wird. Gleichzeitig ist man jedoch davon überzeugt, dass Frankreich sich auf einen Nachfolger für de Gaulle vorbereiten muss, der durchaus Defferre heißen könnte. Selbst bei der Gaullisten wird nicht verhehlt, dass es zwar einen de Gaulle, aber keine gaullistische Partei gibt. Mit anderen Worten: Man rechnet in diesen Kreisen damit, dass nach einem Rückzug de Gaulles aus dem öffentlichen Leben die Stabilität

des durch seine persönliche Autorität errichteten Regimes keineswegs gesichert ist:

Bis zum Tode des vor kurzem verstorbenen, sehr populären Kommunistenführers **T h o r e z** galt es als sicher, dass die Kommunisten diesen Mann - mindestens im ersten Wahlgang - als Gegenkandidaten zu de Gaulle aufstellen würden. Bei rd. 5 Millionen kommunistischen Stimmen hätte dies bedeuten können, dass de Gaulle im ersten Wahlgang kaum die absolute Mehrheit erreichen würde. Da die Kommunisten jetzt jedoch keinen so populären Mann wie ihren verstorbenen, langjährigen Generalsekretär herausstellen können, versuchen sie ganz intensiv, Defferre zu einer Art Wahlbündnis zu bewegen. Der Bürgermeister von Marseille jedoch lehnt jedes Zusammengehen mit den Kommunisten ab. Für diese Haltung führt er zwei Gründe ins Feld: Erstens seine grundsätzliche Gegnerschaft zu den Kommunisten, zweitens die mehr taktische Überlegung, dass im Falle einer Unterstützung seiner Kandidatur durch die Kommunisten linksgerichtete bürgerliche Wähler sofort im ersten Wahlgang de Gaulle ihre Stimme geben würden.

Wenn auf kommunistischer Seite nicht noch etwas Überraschendes geschieht - man vermutet gelegentlich, dass die Kommunisten sogar ihre Anhänger zur Stimmabgabe für de Gaulle oder zur Stimmenthaltung auffordern werden - hat Defferre mindestens die Chance, einen grossen Teil linksgerichteter, nichtsozialistischer Wähler auf seine Kandidatur zu vereinen. Gute Kenner der französischen Verhältnisse behaupten zwar, dass dies nicht genügen würde, um de Gaulle zu schlagen, meinen jedoch, der jetzt 55jährige Defferre könnte einen starken Achtungserfolg erringen, der seine Position für die zukünftige politische Entwicklung Frankreichs sichern würde.

Wahlkampagne mit ungleichen publizistischen Mitteln

Die Wahlkampagne selbst will Gaston Defferre mit modernsten Mitteln führen. Nicht nur in seinem Hauptquartier in Paris versammelt er Frauen und Männer um sich, deren parteipolitische Bindung offenbleibt; auch in den wichtigsten Städten Frankreichs werden Wahlkomitees gegründet, denen nichtgaullistische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören und die sich bereit erklärt haben, ihre Fähigkeiten auf wirtschaftlichen, kulturellen oder allgemein-politischem Gebiet den Gegenkandidaten de Gaulles zur Verfügung zu stellen.

Defferre wird einen schweren Stand haben, denn abgesehen von einem Teil der Presse, der dem Gegenkandidaten de Gaulles durchaus gewogen ist, kann der Bürgermeister von Marseille nicht damit rechnen, in Rundfunk und Fernsehen seinen Gegner zu stellen. Bis jetzt jedenfalls verfügt de Gaulle praktisch allein darüber, welche Art von politischen Sendungen in Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt werden.

Trotzdem lässt alles darauf schliessen, dass die Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr zum ersten Mal in Frankreich einen stark plebiszitären und persönlichen Charakter haben wird.

Falklandinselnproblem wieder aktuell?

Argentinische Annexionswünsche

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Zwei in der internationalen Presse wenig beachtete Vorgänge haben eine der kleinsten ozeanischen Inselgruppen den gegenwärtigen außenpolitischen Auseinandersetzungen hinzugefügt: die weit vor der Südküste Argentiniens liegenden Falklandinseln. Ein argentinischer Zivilflieger, Miguel Fitzgerald, landete auf einer der Inseln, hißte auf seinem Landplatz die Flagge Argentiniens und hinterließ eine schriftliche Erklärung, daß die Inselgruppe - in Argentinien die "Malvinas" genannt - argentinisches Gebiet sei. Der argentinische Rundfunk begrüßte diese Erklärung, und die argentinische Regierung wies eine Aufforderung der britischen Botschaft, den Flieger zu bestrafen, zurück. Der Senat begrüßte den Flug mit der einstimmig angenommenen Erklärung, die Falklandinseln wären "geschichtlich, geographisch und juristisch" argentinisches Gebiet, und er werde mit aller Festigkeit jede öffentliche und private Aktion unterstützen, die Inseln Argentinien einzuverleiben. Die Regierung schloß sich in einer Erklärung des Vizepräsidenten diesem Standpunkt an.

Noch ist nicht sicher, ob London oder Buenos Aires den Zwischenfall wieder - wie es schon Peron versucht hatte - benutzen werden, um eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes im Haag zu erreichen. Die Falklandinseln sind praktisch von Engländern besiedelt worden. Ihre Gesamtbevölkerung von knapp 5 000 Einwohnern sind fast nur eingewanderte Schotten, die nie ihre Zugehörigkeit zu Großbritannien bestritten haben. Auf der anderen Seite haben sogar Spanien, Portugal und Frankreich in den vergangenen Jahrhunderten die Inseln zeitweilig als zugehörig beansprucht und zeitweise auch beherrscht, bis Großbritannien zum dritten Male zu Anfang des vorigen Jahrhunderts die Inselgruppe sich einverleibte, wogegen das selbständig gewordene Argentinien im Jahre 1823 zum ersten Male Einspruch erhob. Offiziell wurde von Buenos Aires dieser Anspruch des öfteren wiederholt, natürlich auch von Peron. Aber die übrigen südamerikanischen Staaten und die USA, an die sich Argentinien später, unter Berufung auf die Monroe-Doktrin, zur Unterstützung seiner Eingliederungsforderung wandte, lehnten den argentinischen Standpunkt ab. Washington erklärte unter Berufung darauf, die Inseln lägen über hundert Kilometer von der argentinischen Küste entfernt im freien Meer, sie gehörten nicht zum amerikanischen Kontinent. Ob nun, angesichts der politischen Bemühungen um eine panamerikanische Gemeinschaftspolitik, sich den neuen argentinischen Ansprüchen nähern wird, ist fraglich.

Der argentinische Standpunkt hat heute eine größere Bedeutung als früher, denn die Falklandinseln bilden angesichts der heutigen Luft- und Wasserverkehrsmöglichkeiten sozusagen den Ausgangspunkt zur Antarktis, wo sich ebenfalls argentinische, englische und dazu chilenische und französische Ansprüche gegenüberstehen. Auf englischer Seite wird man darauf hinweisen, daß es von den Falklandinseln heraus die Schafwirtschaft im chilenischen und argentinischen Patagonien aufgebaut wurde und noch meist in englischen Händen sich befindet - für Buenos Aires ein weiterer Grund, auf die Verwandlung der Inseln in argentinisches Hoheitsgebiet zu bestehen.